

Vor einem Ausbau der Hilfe in Nordafrika

Humanitäre Beiträge für Flüchtlinge – Bereitschaft der Deza zu längerfristigem Engagement

Der Bund plant eine Ausweitung seiner humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in Nordafrika. Das Hauptgewicht liegt aber nach wie vor auf der Armutsbekämpfung in besonders benachteiligten Regionen.

C. W. Bern · Die Aktualität in Nordafrika kam an der Jahrespressekonferenz der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) nur kurz zur Sprache. Direktor Martin Dahinden hielt sich vor einem Entscheid des Bundesrats über das künftige Engagement zurück, hatte aber auch dem weiten Spektrum der Tätigkeiten Rechnung zu tragen. Dieses reicht von der längere Zeit nötigen humanitären Hilfe nach dem Erdbeben in Haiti und den Überschwemmungen in Pakistan bis zu ersten Projekten in den neuen EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien. Die vom Parlament beschlossene Aufstockung der Entwicklungskredite ermöglicht zusätzliche Hilfe in den Bereichen Wasserversorgung und Reaktion auf den Klimawandel. Besonderes Gewicht hat im Weiteren die Frage der Ernährungssicherheit (wieder) erhalten, da die allgemein steigenden Lebensmittelpreise viele Arme besonders hart treffen. Im Maghreb waren sie ja ein auslösender Faktor der Aufstände.

Nothilfe – Geld und Experten

Auf den Exodus Zehntausender von Gastarbeitern aus Libyen nach Tunesien und Ägypten hat die Schweiz rasch reagiert, indem sie dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, dem Welt-ernährungsprogramm und der Internationalen Organisation für Migration je 500 000 Franken zusprach und einige Experten zu Abklärungen und Koordinationsmassnahmen entsandte. Mitglieder des Korps für humanitäre Hilfe verstärken auch die Botschaften in Tunis und Kairo. Im Vordergrund stehen die kurzfristige Versorgung der Flüchtlinge und der Rücktransport in die Heimatländer. In Libyen selbst wird die Nothilfe des Roten Kreuzes in Bengasi mit Fachpersonal für Spitäler verstärkt. Im westlichen Teil des Landes ist gegenwärtig keine Hilfe möglich. Die Leistungen sollen in den kommenden Wochen noch verstärkt werden.

Darüber hinaus wird ein längerfristiges Engagement in Nordafrika vorbereitet. Die Deza habe in bestimmten Bereichen die «Voraussetzungen» dazu, sagte Dahinden. Er erwähnte die Demokratisierung lokaler Verwaltungen,



Wie es im Buche steht (obwohl für die Entwicklungsarbeit nicht zentral): Abladen von Hilfsgütern im Sudan, 1984.

ARTHUR BILL

die Schaffung von Arbeit und Einkommen sowie den Schutz besonders verletzlicher Menschen, insbesondere von Migranten. Seit einiger Zeit werden Afrikaner, die auf dem Weg nach Norden in Marokko gestrandet sind, über verschiedene Organisationen unterstützt, auch bei einer freiwilligen Rückkehr und Wiedereingliederung.

Verlagerung von Mitteln

Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hat im «Sonntag» eine globale Strategie für Nordafrika und auch eine Umschichtung von Mitteln angekündigt. Der Druck, etwas zur Gestaltung des demokratischen Aufbruchs beizutragen, ist erheblich, und laut oder fast panisch ist der Ruf nach «Hilfe vor Ort», die eine Auswanderung unnötig machen soll. Da ist wohl auch Illusionen entgegenzutreten – das Wohlstandsgelände lässt sich nicht rasch ausgleichen. Und zumal das Parlament Deza und Seco lange zu einer Konzentration ihrer Aktivitäten gedrängt hat, muss ein (Wieder-)Einstieg in Tunesien und Ägypten – Ländern der weltweit mittleren Einkommenskategorie – gut und ohne Zeitdruck begründet werden.

Persönliche Geschichten aus 50 Jahren Hilfe

C. W. · 50 Jahre nach Einsetzung eines Delegierten für technische Hilfe durch den Bundesrat lenkt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit mit Publikationen, Veranstaltungen und Debatten den Blick auf Geschichte und Zukunft der Entwicklungshilfe. Ein Kernstück ist die Video-Ausstellung «Die andere Seite der Welt», die bis zum 25. Juni im Berner Käfigturm und danach in weiteren Städten gezeigt wird. Mit Unterstützung speziell der Deza hat der Verein «Humem» (humanitarian memory) 80 Personen, die für private oder staatliche Organisationen tätig waren, ausführlich in die Kamera erzählen lassen, was sie getan, bewirkt, erlebt und auch gelernt haben. Die sich auf 300 Stunden summierenden Gespräche bilden (ähnlich wie «Archimob» für die Weltkriegszeit) ein Oral-History-Archiv und sollen entsprechend zugänglich gemacht werden. Mit Ausschnitten und weiterem Material wurde ein filmisches Kaleidoskop gestaltet, durch das sich die Zuschauer nach individueller oder kollektiver Wahl (mit elektronischer «Abstimmung») hindurchbewegen können.

Auf kurzweilige Weise, aber immer wieder auch mit Blicken in die Tiefe geben die Erinnerungen und Reflexionen der einstigen Aktiven ein vielfältiges Bild des humanitären Wirkens. Die (früher eher idealistische, heute eher professionelle) Motivation kommt ebenso zur Sprache wie der technische Inhalt von Projekten, die Steigerung der Milchproduktion in Südindien ebenso wie der Einsatz des IKRK für Gefangene, die Rolle der Kommunikation ebenso wie die des Geldes. Man erfährt auch von ungeplanten erfreulichen Effekten an sich falsch geplanter Aktionen. Ein Freiwilliger des Internationalen Zivildienstes berichtet von einem gescheiterten Projekt für Slumbewohner, die gar keine neuen Häuser wollten, aber für die Präsenz der mit ihnen zusammenlebenden Helfer dankbar waren. Das mag einen angesichts heutiger Evaluationen und Wirkungsmessungen nachdenklich stimmen. Doch das Dozieren ist nicht die Sache dieser Präsentation von zeitgeschichtlichen Zeugnissen.

www.deza.admin.ch, www.humem.ch

Schweiz lehnt Haftbegehren ab

Gesuch aus Italien «ungenügend»

Während weltweit 41 mutmassliche Mitglieder der kalabrischen Verbrecherorganisation 'Ndrangheta verhaftet wurden, hat die Schweizer Justiz ein entsprechendes Haftbegehren aus Italien abgelehnt.

-yr. · Im Rahmen der weltweit konzentrierten Grossrazzia gegen die italienische Verbrecherorganisation 'Ndrangheta wollte die zuständige Staatsanwaltschaft in Reggio Calabria auch einen Tatverdächtigen aus der Schweiz festnehmen lassen. Aber das Bundesamt für Justiz (BJ) lehnte am Montag ein entsprechendes Gesuch der italienischen Behörden ab, wie die Behörde am Mittwoch bekanntgegeben hat. Laut Auskunft von Mediensprecher Folco Galli ist der im Fahndungersuchen dargelegte Sachverhalt zu knapp formuliert gewesen. Dies verunmögliche eine Überprüfung der beidseitigen Strafbarkeit, was Voraussetzung ist für eine Festnahme. Insbesondere gehe aus dem Gesuch nicht hervor, was dem Tatverdächtigen konkret vorgeworfen werde. Laut Galli obliegt es den italienischen Behörden, das Gesuch entsprechend zu ergänzen.

Offenbar als korrekt erachtete man die italienischen Fahndungersuchen in Deutschland, Australien und Kanada. In diesen Ländern wurden Anfang Woche insgesamt 11 Tatverdächtige verhaftet, darunter 5 im grenznahen Konstanz (NZZ 9. 3. 11). Was die Verhaftungen in Konstanz angeht, erklärt dies Galli mit dem unterschiedlichen Haftbefehl, der innerhalb der EU gelte. Mit diesem sei, im Gegensatz zu Nicht-EU-Staaten wie der Schweiz, die beidseitige Strafbarkeit nicht zu prüfen.

In Italien selber verhaftete die Polizei weitere 30 mutmassliche Mitglieder der 'Ndrangheta. Es handelte sich um die zweite Verhaftungswelle innerhalb eines halben Jahres, nachdem im vergangenen Juli in der süditalienischen Region Kalabrien, aber auch in der norditalienischen Region Lombardei mehr als 300 verdächtige Mafiamitglieder festgenommen worden waren.

Bereits damals und auch diese Woche wieder war die Rede von einer Spur in den Kanton Thurgau. So sagte der italienische Staatsanwalt gegenüber Radio DRS, die 'Ndrangheta habe einen Ableger in Frauenfeld. Die ursprünglich in Kalabrien hauptsächlich im Drogenhandel tätige 'Ndrangheta gilt inzwischen als grösste und gefährlichste mafiaähnliche Organisation der Welt.

Politische Wirren in Leukerbad

Die Gemeinde erfüllt den Sanierungsvertrag, ist aber heillos zerstritten

Die Gemeinde Leukerbad steht ohne Kostenvoranschlag da. Die Bürger wenden sich von den politischen Kräften ab, die sie vor zweieinhalb Jahren überraschend gewählt haben.

Luzius Theler, Brig

Die Gemeinde Leukerbad lebt dem harten Sanierungsvertrag, dem sie nach dem Finanzdebakel der späten 1990er Jahre unterstellt worden ist, bis jetzt lückenlos nach. Die Kommune darf nur die nötigsten Investitionen vornehmen; bedeutende Mittel fließen Jahr um Jahr in die Tilgung der Schulden, die von den Gemeinden der Region verbürgt werden. Die Bevölkerung des Thermalbade- und Wintersportortes findet sich zwar mit dem harten Finanzregime ab, doch der Ort kommt politisch nicht zur Ruhe. Bei den letzten Gemeinderatswahlen wurden die Vertreter jener Parteien abgestraft, deren frühere Protagonisten den Ort in eine horrende Verschuldung getrieben hatten. Statt der

bisherigen CVP-CSP-Mehrheit übernahmen Vertreter der Demokratischen Leukerbad und der ihm nahe stehenden SVP die Leitung der ortspolitischen Geschicke.

Klima des Misstrauens

Doch hat sich die Stimmung im Ort darauf nicht gebessert: Leukerbad steht nach zwei turbulenten Urversammlungen ohne Budget da. Diese Verweigerungshaltung einer überwältigenden Mehrheit der Urversammlungsteilnehmer bleibt nicht das einzige Zeichen der Unzufriedenheit: Bereits im vergangenen Dezember hatte eine Ersatzwahl für den zurücktretenden SP-Vizepräsidenten ein ebenso überraschendes wie klares Verdikt gezeitigt: An seiner Stelle wurde nicht der SVP-Kandidat gewählt, sondern ein CVP-Mann, und zwar mit 304 gegen 96 Stimmen.

Die epischen und letztlich fruchtlosen Diskussionen um den Kostenvoranschlag für das angebrochene Jahr und die für die neue Ratsmehrheit verunglückten Ersatzwahlen sind Ausdruck eines verbreiteten und tiefer liegenden



NZZ-INFOGRAFIK/cke

Malaises: In der Gemeinde herrscht seit dem Amtsantritt des Gemeindepräsidenten Raoul Loretan ein Klima des Misstrauens.

«Experiment gescheitert»

Man beargwöhnt sich gegenseitig, und selbst kleinste oder vermeintliche Fehlritte werden gnadenlos ausgeschlachtet – nicht selten auf dem Rechtsweg oder zumindest mit der Drohung mit rechtlichen Schritten. Der neue Mann an der Spitze der Gemeinde sei nach einer

chaotischen ersten Halbzeit bei den nächsten Wahlen im Oktober 2012 schlichtweg nicht mehr tragbar; das Experiment mit der Abwahl der früheren politischen Kräfte und der Inthronisation der Opposition in die kommunalen Schaltstellen sei kläglich gescheitert, sagen selbst gemässigte Gegner der amtierenden Exekutive. Es gelinge dem Präsidenten und seinen Kollegen im Gemeinderat einfach nicht, für den Ort eine neue Perspektive oder wenigstens einen gangbaren Weg für ein konstruktives dörfliches Zusammenleben aufzuzeigen, lautet der Tenor.

Dabei wird immer wieder auf die von der Munizipalität getrennte Bürgergemeinde verwiesen. Obwohl auch die Burgerschaft Leukerbads unter einer hohen Schuldenlast stöhnt, ist es ihr gelungen, den burgereigenen Betrieben und damit der ganzen Körperschaft neuen Schwung und hohe Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die politischen Wirren im Bäderdorf im Bergkessel unter dem Gemmpass fallen in eine Zeit, in der nicht nur die Gemeinde, sondern auch der örtliche Tourismus mit Widrigkeiten kämpft. Mit Ausnah-

me der Gemmbahnen, die erfolgreich auf Winterwandern und Familientourismus setzen und sich demnächst mit starken Ergebnissen im Rücken an den Bau einer neuen Luftseilbahn heranwagen, blicken sowohl die Thermalbäder als auch die Bergbahnen auf Torrent auf einen wenig erfreulichen ersten Teil der Wintersaison zurück.

Wenig Grund für Optimismus

Alle Anlagen und nicht wenige Hotelbetriebe am Ort bleiben deutlich hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Dazu kommt, dass die Bevölkerungsentwicklung nicht zu Optimismus Anlass gibt; Leukerbad verlor in den letzten Jahren Einwohner. Investoren, die sich in einem ehrgeizigen Hotelprojekt engagieren wollten, konnten sich bisher nicht zu einem endgültigen Entscheid für eine Realisierung durchringen. Auch dies wird – allerdings fälschlicherweise – teilweise der neuen Gemeindeverwaltung angelastet, weil sie sich nicht genügend für innovative Projekte und für die Attraktivitätssteigerung des Ortes einsetze.